

Weiteres Wohnheim in der Weststadt geplant

Esslingen Auf dem Hengstenberg-Areal soll gebaut werden. Die Stadt begrüßt die Pläne des Studentenwerks Stuttgart. *Von Wolfgang Berger*

Vor zwei Monaten erst ist das neue Studentenwohnheim an der Fabrikstraße feierlich eingeweiht worden. Gestern hat der Esslinger Hochschulrektor Bernhard Schwarz in seinem Jahresbericht erklärt, dass innerhalb des Studentenwerks Stuttgart über den Bau eines weiteren Wohnheims auf dem Esslinger Hengstenberg-Areal diskutiert werde.

Weder von der Hochschulleitung noch vom Studentenwerk Stuttgart gab es gestern Erläuterungen zu dem Vorhaben. Roland Karpentier, der Sprecher der Stadt Esslingen, bestätigt indessen auf Nachfrage, dass das Studentenwerk auf der Standortsuche in Esslingen ist. Das Hengstenberg-Areal würde sich für ein weiteres Wohnheim grundsätzlich eignen. „Aus un-

serer Sicht wäre das wünschenswert, zu begrüßen und ideal“, sagt Roland Karpentier. „Wir bauen darauf, dass wir in der neuen Weststadt wenigstens ein neues Wohnheim realisieren können“, so der Sprecher weiter. Das unlängst eröffnete Wohnheim in der Fabrikstraße bietet 115 Einzelzimmer in Sechser- bis Zehnerwohngemeinschaften. Der Bedarf an Wohnheimplätzen ist damit Karpentier zufolge aber längst nicht gedeckt. Das Gebäude bei der Volksbank hat der Investor Herbert Klingohr für mehr als sieben Millionen Euro errichtet. Das Studentenwerk Stuttgart mietet den siebenstöckigen Neubau langfristig. Die Laufzeit beträgt 20 Jahre.

Der Rektor Bernhard Schwarz nutzte den Jahresbericht auch, um wiederholt auf

das sehr gute Ranking seiner Hochschule abzuheben. Dem guten Ruf der Einrichtung „massiv geschadet“ habe aber die zuletzt öffentlich geführte und dabei „stark verzerrte Diskussion“ über seinen Führungsstil, beklagte Schwarz. Gegen ihn waren schwere Vorwürfe laut geworden. Er sei zu autoritär und zu eng mit der Wirtschaft verbandelt. Es gab eine Dienstaufsichtsbeschwerde von mehreren Esslinger Professoren und eine anonyme Anzeige, in der es um angeblich falsche Abrechnungen von Leistungen ging.

Bereits vor zwei Wochen hatte Schwarz erklärt, dass die Staatsanwaltschaft die Anzeige abgewiesen habe, ebenso wie das Wirtschaftsministerium die Dienstaufsichtsbeschwerde. Gestern forderte Schwarz eine „Rückkehr zum Dialog“. Es gehe darum, die Hochschule in der Forschung und der Lehre weiterzuentwickeln. Das müsse die Prämisse für die weitere Arbeit an der Hochschule sein.